

Ja zum Spitalneubau: «Investieren statt sanieren»

Finanzbeschluss Drei Stunden debattierten die Abgeordneten über Für und Wider eines Spitalneubaus. Schlussendlich überwogen die Befürworter - wohl auch wegen der angekündigten Volksabstimmung.

VON DANIELA FRITZ

Die Debatte um den Neubau des Liechtensteinischen Landesspitals (LLS) auf dem Wille-Areal in Vaduz blieb bis zur letzten Minute spannend - teils war eine Mehrheit für den Verpflichtungskredit von 65,6 Millionen Franken gar nicht mehr so sicher. Sicher war dagegen ab der ersten Minute, dass die Freie Liste (FL) bei ihrem Nein bleibt. Fraktionssprecher Georg Kaufmann wiederholte im Eröffnungsvotum einmal mehr die Gründe dieser Entscheidung: So könnten die Fallzahlen für den wirtschaftlichen Betrieb eines Spitals niemals erreicht werden, es fehle eine Gesamtstrategie und auf Konkurrenz zu setzen, entspreche nicht dem Trend. Für Harry Quaderer (DU) ist es die Regierung, die mit «aufgewärmten Argumenten» wiederkomme. Aber was habe sich seit dem Nein in der Volksabstimmung vor acht Jahren verändert? Quaderer sprach sich zwar für ein eigenes Spital, bezweifelte allerdings, dass eine Kooperation mit Grabs nicht möglich sein soll. Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini entgegnete, dass 2011 vor allem

die mangelnde Qualität ausschlaggebend für die Ablehnung war. An dieser seit in den vergangenen Jahren gearbeitet worden. Auch Kooperationen ist das Landesspital eingegangen. «Sie haben von Konkurrenzstrategie gesprochen, als wäre es etwas Schlechtes. Aber es gibt auch eine gesunde Konkurrenz», so Pedrazzini. Ein Effekt seien etwa die relativ kurzen Wartezeiten. «Ich fand es immer schon unverständlich und schade, dass das Zusammenarbeiten im Rheintal nicht möglich ist», meinte wiederum der parteifreie Johannes Kaiser, der aber am Ende der Debatte mit Ja stimmte.

Bedenken wegen der Kosten

Nicht so die VU-Abgeordnete Gunilla Marxer-Kranz. Sie wies auf die Kosten von 72,6 Millionen Franken für den Neubau hin, die im Vergleich teuer ausfallen würde. «Ich bin weiterhin für einen eigenen Grundversorgungsspiel, aber nicht für dieses Geld», erteilte auch Christoph Wenaweser (VU) dem Antrag eine Absage. Natürlich seien die Kosten hoch, meinte dagegen Frank Konrad (VU). Aber im Verhältnis zum derzeitigen Finanzvermögen des Staates sei dies verträglich. «Vergleicht man die Kosten mit dem jetzigen Gebäude, kann ich klar sagen: Investieren statt sanieren.»

Pedrazzini zog einmal mehr den Vergleich zu einem alten Auto, das laufend Reparaturen mit sich bringe. Ein Neuwagen hingegen habe zwar Abschreibungen, aber das hindere nicht am Fahren. Die Baukosten seien realistisch berechnet. Die Planer hätten auch das LAK-Heim in Mauren berechnet, bei dem die Kosten fast auf den Rappen genau eingehalten wurden. Zudem werde zweckmässig gebaut, «Architektenfürze» werde es nicht mehr geben. Auch Erich Hasler von der Neuen Fraktion waren die Kosten ein Dorn im Auge, wenn auch mehr die laufenden: «Ich bin mir nicht sicher, ob wir uns da nicht ein Fass ohne Boden einhandeln.» Ein Grundversorgungsspiel könne natürlich nicht wirtschaftlich betrieben werden, so Pedrazzini. Aber man müsse auch die Vorteile für das Land sehen, wies er auf volkswirtschaftliche, aber auch auf souveränitätspolitische Gründe.

«Persönlich bin ich der Überzeugung, dass es alten Menschen viel bedeutet und wichtig ist, in einem Spital in der Nähe ihres Wohnortes betreut zu werden. Ebenso für ihre Angehörigen», so Eberle-Strub. Sie befürwortete daher den Aufbau einer Akut-Geriatrie im Herbst. Auch sie hält es für sinnvoll, in ein neues Spital, anstatt weiter in eine alte Infrastruktur mit nicht optimalen Arbeitsprozessen zu investieren. «Das Landesspital braucht dringend vernünftige Rahmenbedingungen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen», plädierte auch Mario Wohlwend (VU) für ein Ja. Schlussendlich stimmten auch 17 Abgeordnete für den Verpflichtungskredit. Der anschliessende Antrag auf eine Volksabstimmung war unbestritten.

«Gemischte Meinungen zu Standort

Zum Nebenschauplatz geriet bei der gestrigen Debatte der Standort des Neubaus. Die Regierung sprach sich für das Wille-Areal an der Zollstrasse aus und fand darin durchaus Befürworter. Wie die Regierung wechselte auch Susanne Eberle-Strub ihre Meinung und kam von der «grünen Wiese» ab. Das sei zwar attraktiver. Al-



Susanne Eberle-Strub (FBP) stellte den Antrag auf Volksabstimmung, den der Landtag einstimmig befürwortete. (Foto: Michael Zanghellini)

erdings gehöre das Wille-Areal bereits dem Land, ein Tauschgeschäft sowie Einsprachen und Referenden könnten vermieden werden. «Ein sehr wichtiger Punkt ist für mich die Verschönerung des Wille-Areals», meinte sie jedoch. Die geplante Freilegung des Irakles-Baches sei ein Anfang, damit sei es aber noch nicht getan. Auch Daniel Seger (FBP) befürwortete die Variante, gab aber wie Mario Wohlwend zu bedenken, dass es keine Experimente bei Materialien geben dürfe. Zudem müssten die Folgekosten bekannt sein, um einen teuren Unterhalt zu vermeiden. Frank Konrad (VU) hob unter anderem die gute Erreichbarkeit hervor. Es gab aber auch kritische Stimmen. So habe der stellvertretende FBP-Abgeordnete Alexander Batliner «Bauklötze gestaunt», als er vom Wille-Areal hörte. Für ihn sei dies der falsche Standort, fürchtete er beispielsweise eine hohe Lärmbelastung. Laut Günter Vogt (VU) wären zudem die Kosten auf der «grünen Wiese» niedriger ausgefallen.

Und immer wieder Geburtenstation

Auch heute wurde wieder der Wunsch nach einer Geburtenabtei-

lung in Liechtenstein laut - ein nach wie vor emotionales Thema. Das ist ein grosser Wunsch der Liechtensteiner, auch wenn eine solche nicht gewinnbringend betrieben werden könnte, meinte etwa Daniel Seger: «Kann hierfür genügend Personal gefunden werden, um die nötige Qualität zu haben?» Dies sei möglich, antwortete Gesundheitsminister Pedrazzini. Allerdings müsse dies auch beschäftigt werden. Der Minister, dass vor einer Geburtenabteilung aber noch andere Dinge zu erledigen seien.

Thomas Lageder (FL) warnte davor, mit den Emotionen zu spielen: «Eine Wiedereröffnung wird nicht passieren. Es wird versucht, die Leute mit einer Geburtenabteilung zu verführen.» Die für die Qualität nötigen Fallzahlen könnten nicht gewährleistet werden. Wendelin Lampert (FBP) zeigte sich auch kritisch gegenüber den jährlichen Mehrkosten: «Es wäre wunderbar, eine eigene Geburtenabteilung zu haben. Aber wir müssten jährlich eine Million Franken mehr bezahlen, damit wir Personal beschäftigen, das nichts zu tun hat und dem dann die entscheidende Routine fehlt.»

Fotovoltaik und E-Mobilität: Landtag will mehr tun

Interpellation Gut eineinhalb Stunden diskutierten die Abgeordneten das Thema Fotovoltaik und E-Mobilität. Viele Abgeordnete sprachen sich dafür aus, mehr Anstrengungen zu unternehmen, um den Fotovoltaikanteil am Stromverbrauch zu erhöhen. Über die Mittel herrschte weniger Einigkeit.

VON DANIELA FRITZ

Liechtenstein ist zwar Solarweltmeister, dennoch macht Strom aus Fotovoltaikanlagen derzeit nur 5,5 Prozent des Stromverbrauches aus. Zum Vergleich: Mit Wasserkraft werden 17 Prozent des Stromverbrauches gedeckt. Im Landtag war man sich am Donnerstagvormittag anlässlich der Behandlung einer Interpellationsbeantwortung der FL-Fraktion zu Fotovoltaik und E-Mobilität daher grösstenteils einig, dass dies noch ausbaufähig ist.

Regierung spiele auf Zeit

Rund 50 Prozent des Stromverbrauchs könnten mit Sonnenenergie gedeckt werden, findet etwa der Initiant und FL-Abgeordnete Thomas Lageder. Die Regierung gebe zwar zu, dass dies mit den aktuellen Fördermassnahmen nicht erreicht werden könne, setze aber keine neuen Massnahmen, zeigte er sich enttäuscht: «Man spielt auf Zeit.» Sein Parteikollege Patrick Risch fasste die Erkenntnisse aus der Postulatsbeantwortung so zusammen: «Wir könnten zwar, wollen aber nicht.» VU-Fraktionssprecher Günter Vogt setzte sich ebenfalls für höhere Ziele bezüglich Stromproduktion im Inland und CO₂-Emissionen ein: «Wir argumentieren viel aus der Sicht von heute und kümmern uns leider zu wenig um morgen und übermorgen.»

Der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler betonte hingegen, dass die heutige Förderung sehr attraktiv sei und es deshalb keinen Bedarf für eine Anpassung gebe. «Aber man kann sich schon die Frage stellen, was den Bauherren dann abhält, nicht mehr Fotovoltaikanlagen zu installieren?», so Hasler. Er sieht durchaus noch regulatorische Hürden im Bewilligungsprozess, ausserdem hätte jede Gemeinde unterschiedliche Regelungen. Er regte an, diese zuerst zu beseitigen. Thomas Rehak (NF) und ehemaliger Vorsteherkandidat in Triesen untermauerte dies gleich mit einem Beispiel aus seiner Gemeinde: So verbiete Triesen im Dorfkern Fotovoltaikanlagen - und diese Zone sei sehr gross. Das sah auch Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch so: Es gelte, zuerst regulatorische Hürden zu beseitigen. Die Regierung sei laufend dabei, dies zu optimieren. Risch betonte, dass die Interpellation der FL auch zu einer «Unzeit» gekommen sei, da derzeit am Mobilitätskonzept und der Energiestrategie gearbeitet werde. Es könnte im einen oder anderen Punkt also tatsächlich auch in eine von der FL gewünschte Richtung gehen - Details verriet er jedoch nicht.

Soll es eine Pflicht geben?

Einige Abgeordnete sympathisierten durchaus mit Verpflichtungen für Bauherren. Susanne Eberle-Strub



Die Freie Liste wäre für eine Pflicht zur Installation von Fotovoltaikanlagen - nicht zu jedermanns Freude. (Foto: Michael Zanghellini)

(FBP) betonte, es bräuchte mehr Anstrengungen, um den Fotovoltaikanteil zu verbessern - mindestens auf 20, besser noch auf 30 bis 40 Prozent. «Die Frage ist, ob die derzeitige Förderung reicht, um diese Ziele zu erreichen», zweifelte Eberle-Strub. Sie könnte sich durchaus - wo es sinnvoll ist - auch verpflichtende Fotovoltaikanlagen für öffentliche Bauten oder Industriegebäude vorstellen, schliesslich werde dort am meisten Strom verbraucht. Ihr Parteikollege Johannes Hasler plädierte im Sinne der «Enkeltauglichkeit» dafür, dass man zumindest prüfen könnte, ob besonders geeig-

nete Dächer anderen für solche Anlagen zur Verfügung gestellt werden müssten, falls der Bauherr nicht selbst auf Fotovoltaik setzt. Weiter will der FL-Abgeordnete Patrick Risch gehen, der bei sämtlichen Neubauten eine Pflicht für Fotovoltaikanlagen einführen möchte: «Ich fordere auf, vom Prinzip der Freiwilligkeit abzuweichen. Wir müssen eine möglichst hohe Selbstversorgungsquote an Energie anstreben.» Der NF-Abgeordnete Erich Hasler wiederum sah Vorschriften an Bauherren kritisch. Wenn sich Investitionen rechnen und das auch klar aufgezeigt werde, hätte jeder Bauherr

ein Interesse daran, eine Fotovoltaikanlage zu installieren. Dem widersprach der FL-Abgeordnete Georg Kaufmann mit Verweis auf die vielen bereits heute existierenden Vorschriften: «Bis hin zur Vorschrift, wie viele Parkplätze man bauen muss. Wenn man das akzeptiert, warum können wir dann nicht eine Vorschrift zu Fotovoltaikanlagen machen?» Daniel Risch zeigte sich davon wenig überzeugt: «Da haben wir wohl grundsätzlich eine andere Sicht, wann Push- und wann Pullmassnahmen sinnvoll sind.»

Indirekte Förderung der LKW?

Eberle-Strub sowie ihr Parteikollege Elfried Hasler fragten zudem kritisch nach, ob die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) für den Bau von Fotovoltaikanlagen auf den Dächern öffentlicher Bauten auch eine Förderung bekommen würden. Miete zahlen die LKW dafür nämlich nicht, wenn sie die Anlagen auf eigene Rechnung erstellen. «Das dürfte ein lukratives Geschäft sein», so Hasler. Er bezweifelte, dass es hier gleich lange Spiesse zwischen privaten Anbietern und den LKW gibt. «Das ist eine unerlaubte staatliche Beihilfe und darf es nicht geben», pflichtete Erich Hasler (NF) bei. «Es gibt keine Bevorzugung der LKW. Wenn jemand anders kommt, hätte er die gleichen Möglichkeiten», entgegnete der Regierungschef-Stellvertreter.